

„Versyftung“ stoppen!

Das muss drin sein: Gutes Leben und gute Arbeit für alle durch gerechte Umverteilung!

Dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht, dass nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung das reichste Prozent der Bevölkerung noch viel reicher ist als gedacht und etwa ein Drittel des Gesamtvermögens besitzt, ist für DIE LINKE eine völlig inakzeptable Entwicklung. Sie ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch ökonomisch falsch. Denn mit einer gerechteren Verteilung und Besteuerung der Reichen und Vermögenden könnten sowohl Haushalte mit durchschnittlichem Einkommen steuerlich entlastet und Kaufkraft gestärkt als auch in zentrale Zukunftsbereiche wie Bildung, Erziehung, Gesundheit, Pflege und die Energiewende investiert werden.

Sylt und besonders Kampen bieten ein Fenster in die Zukunft einer postdemokratischen Klassengesellschaft: Investoren sahen zunehmend Chancen zu Wertsteigerungen. Die Immobilienpreise und damit auch die Mieten für Dauerwohnraum steigen. Finanziell schlechter gestellte Mieterinnen und Mieter können bei der Entwicklung nicht mehr mithalten, eingesessene Eigentümer verkaufen. Die Bevölkerungszahlen sinken.

In der Folge kommt es zu einem Niedergang gesellschaftlicher Infrastruktur. In Orten wie Keitum auf Sylt sind ganze Straßenzüge im Winter dunkel, weil dort niemand mehr wohnt. Einrichtungen wie Schulen, Kitas und Kindergärten können nicht mehr betrieben werden, genauso wie Sportvereine oder freiwillige Feuerwehren mangels Mitglieder verschwinden. Die Asklepios-Klinik hat ihre Geburtsstation geschlossen und stellt den Krankenhaus-Standort in Frage. Die Nahversorgung wird eingeschränkt, da der Einzelhandel höchstens noch während der Saison Gewinn erwirtschaftet. Bauland ist Mangelware und damit dem notwendigen Neubau von sozial verträglichem Dauerwohnraum entzogen. Auf Sylt gibt es über 200 freie Arbeitsstellen die unbesetzt bleiben, weil niemand sich die Miete leisten kann. Mehr als 4.000 Pendlerinnen und Pendler kommen jeden Tag vom Festland auf die Insel und müssen einen fortwährend steigenden Anteil ihrer Einkommens für den Weg zur Arbeit aufbringen. Gleichzeitig stehen in Kampen und anderen Orten $\frac{3}{4}$ der Häuser länger als 6 Monate leer.

Ähnliche Entwicklungen breiten sich in Schleswig-Holstein zunehmend aus: Zerfallende öffentliche Infrastruktur und daraus resultierende wirtschaftliche Monostrukturen betreffen immer mehr Gemeinden im Land. Ein Prozess der „Versyftung“, der unbedingt gestoppt werden muss.

Die Gegensätze zwischen Arm und Reich spitzen sich zu. Nur wenige können es sich leisten in Kampen das gute Leben zu genießen. Der dortige Reichtum ist aber nur möglich, dank jenen, die nie in seine Nähe kommen. Dank jenen, die mit niedrigen Löhnen Gewinne erwirtschaften und billige Dienstleistungen ermöglichen. Seit Jahren wandert der Produktivitätszuwachs vor allem als Gewinn zu den Reichen, während die überwiegende Zahl der Menschen mit stagnierenden Reallöhnen, einem Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und der zunehmenden Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme zu kämpfen hat. Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse nehmen gerade auch auf Sylt zu.

DIE LINKE kämpft für eine Umverteilung von Oben nach Unten, wie von privat zu öffentlich.

DIE LINKE will soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle. Gerechte, ausgeglichene Verhältnisse sind wichtig zur Erhaltung und Stärkung der Demokratie, weil die Verfügung über große finanzielle Mittel auch politische Macht verleiht.

Die öffentlichen Finanzen wollen wir mit einer gerechten Steuerpolitik stärken, die zu einem höheren Aufkommen führt. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten! Die Profiteure des Finanzkapitalismus, der Umverteilungspolitik und der Bankenrettungsaktionen müssen an den Kosten des demokratischen Gemeinwesens und eines sozial-ökologischen Umbaus beteiligt werden.

Wir fordern als erste Maßnahmen in Schleswig-Holstein:

- Einen regelmäßigen Bericht der Landesregierung über die Entwicklung von Armut und Reichtum im Bundesland,
- eine Stärkung kommunaler und landesrechtlicher Möglichkeiten zur Ausübung von Vorkaufsrechten an Grundstücken,
- die Einführung einer progressiven Leerstandsabgabe für ungenutzten, unvermieteten Wohnraum,
- die Enteignung von auf Dauer zu Spekulationszwecken ungenutzten Baulands zugunsten der öffentlichen Hand,
- die Prüfung einer Sonderabgabe des Landes auf große Nettogeldvermögen von über 500.000 Euro, um den massiven Sanierungsstau bei öffentlicher wie sozialer Infrastruktur anzugehen und dem weiteren Aufbau immenser Zukunftsschulden entgegenzuwirken.

-

Schritte in Richtung einer gerechten Umverteilung von Vermögen sind alleine in Land und Kommunen nicht zu erreichen. Bundesgesetzliche Regelungen haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu einer massiven Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors auf allen Ebenen geführt. Folge sind zunehmende soziale Ungerechtigkeiten, das Abdrängen immer größerer Teile der Bevölkerung in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie der Aufbau von Zukunftsschulden zu Lasten künftiger Generationen. Ein grundsätzliches Umsteuern ist nötig. DIE LINKE fordert deshalb:

- Die Abschaffung der steuerlichen Bevorzugung von Kapitaleinkünften („Abgeltungssteuer“) bei der Einkommenssteuer, Besteuerung von Kapitaleinkommen zum persönlichen Steuersatz,
- wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert eine tatsächliche Reform des Erbschaftssteuerrechts ohne Sonderprivilegien,
- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf den Kauf und Verkauf von Wertpapieren und Devisen aller Art,
- die Wiedereinführung einer substantiellen Vermögenssteuer.

Der Landesvorstand DIE LINKE. Schleswig-Holstein